

**Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion der SPD
„Selbstverständnis ‚Demokratie‘ – eine Aufgabe, die alle
angeht. Verbindliche Woche der Demokratie
in allen Bildungsstätten“ (DS 18/7196)**

I. Ausgangslage

Einmal mehr hat die Mitte-Studie deutlich aufgezeigt, dass Misstrauen gegen die Demokratie keine Frage politischer Extreme ist, sondern zutiefst in der sogenannten Mitte verankert sind.¹ Nach der aktuellen Mitte-Studie sinkt das Vertrauen in die Demokratie auf unter 60% und gleichzeitig steigt der Anteil der Befragten, die verschwörungsgläubige (38%), populistische (33%) und völkisch-autoritär-rebellische (29 %) Positionen vertreten. Diese Werte sind erschreckend, allerdings keineswegs mehr überraschend, wenn man sich tiefgreifend mit der Thematik auseinandersetzt. Dass sich seit der letzten Erhebung 2020/21 nun die Zustimmung zu der Aussage: „Die regierenden Parteien betrügen das Volk.“ fast verdoppelt hat (16% zu 30%) und gar ein Fünftel glaubt, „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.“ (zuvor 16%), zeigt den Handlungsbedarf für eine verantwortungsvolle Politik und die Notwendigkeit einer Stärkung politischer Bildung deutlich auf.

In der Tragweite analysiert Veith Selk die Erosionstendenzen (in) der Demokratie auf eine deutlich schärfere Weise.² Die Demokratie verliert seiner Auffassung nach Weltweit an Anziehungskraft und gilt häufig als unsteuerbar und ungerecht. Selk sieht nicht weniger als eine „Demokratiedämmerung“, bei der die Demokratie sich ihres eigenen Niederganges nicht mehr bewahren kann. Das liegt auch daran, dass die Erosionstendenzen der Demokratie in ihr selber angelegt sind – sie wird nicht von außen attackiert, sondern verfällt von innen. So hart diese Diagnose auf den ersten Blick scheint, so wichtig ist es sich auf sie einzulassen. Sie passt

¹ Zick/Küpper/Mokros (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn

² Selk (2023): Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie. Frankfurt/Main

nämlich zu den Zahlen der Mitte-Studie: die Demokratie erodiert von innen, weil sie kein Vertrauen mehr genießt – auch nicht bei der vermeintlichen Mitte, die offenbar deutlich radikaler ist als die politische Illusion einer gemäßigten Mitte es wahrhaben will.

Aus diesem Grund ist das Anliegen des Antrages völlig richtig und verdient es, ohne parteipolitische Vorbehalte diskutiert zu werden. Um es deutlich zu sagen: Die GEW NRW erwartet von allen demokratischen Fraktionen einen Konsens zur Stärkung der politischen Bildung, der über bloße Lippenbekenntnisse hinaus geht. Denn ein Blick in die Wissenschaft zeigt deutlich, dass die Demokratie immer fragiles Konstrukt und keineswegs selbstverständlich ist. Oskar Negt hat zurecht darauf hingewiesen, dass „Demokratie die einzige Staatsform [ist], die gelernt werden muss.“ Daraus erwachsen eine zentrale Aufgabe und Verantwortung für die Bildungseinrichtungen, für die dort Beschäftigten, aber auch für die Politik entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Demokratie von jeder Generation aufs Neue erlernt werden kann.

II. Politische Bildung

Nach wie vor hält es die GEW NRW für einen fatalen Fehler der letzten Schwarz-Gelben Landesregierung, das Schulfach Sozialwissenschaften in Wirtschaft-Politik verändert zu haben. Die damalige Begründung, dass es mehr wirtschaftlicher Bildung benötigte, war damals falsch und wird auch heute nicht richtig durch Studien, die sich auf Inhalte in Schulbüchern beschränken.³ Jede Lehrkraft weiß, dass Bildung nicht in Schulbüchern, sondern in den Unterrichtssituationen als Prozess in der Interaktion zwischen Lehrkraft-Schüler*innen und Schüler*innen untereinander stattfindet. Daher gilt aus unserer Sicht nach wie vor das, was Reinhold Hedtke von der Universität Bielefeld zusammen mit seinem Kollegen Mahir Gökbudak in einer Studie ermittelt hat: „Wirtschaft gut – Politik mangelhaft“. ⁴ Selbst die US-Ratingagentur *Standard & Poor's*, die für gewöhnlich nicht im Verdacht steht, ökonomischen Themen gegenüber avers

³ Goldschmidt/Kron/Rehm (2024): Marktwirtschaft und Unternehmertum in Schulbüchern. Eine Analyse der ökonomischen Inhalte in deutschen Schulbüchern. Potsdam

⁴ Gökbudak, M./Hedtke, R. (2018): Wirtschaft gut – Politik mangelhaft. Ökonomische und politische Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Didaktik der Sozialwissenschaften Working Paper 8. Bielefeld: Universität Bielefeld.

zu sein, hat in einer Studie herausgefunden, dass die Bundesrepublik Deutschland zu den Staaten mit der höchsten Finanzbildung gehört.⁵ Wir erwarten nun eine deutliche Stärkung der politischen Bildung. Ob diese Stärkung aus einer verbindlichen Woche der Demokratie resultiert, kann dabei durchaus bezweifelt werden. Demokratiebildung muss in den Alltag integriert werden und kann zusätzlich in Projektwochen bearbeitet werden. Den Grundstein für eine gute Demokratiebildung stellt allerdings die Integration politischer Bildung in den Alltag dar. Das beginnt in der frühkindlichen Bildung und erstreckt sicher über alle Bildungsinstitutionen. Demokratie zu lernen, ist für die GEW NRW ein aktiver Prozess, der über ein Wissen der „Gefahren und Nachteile“ von extremen Positionen, wie es der Antrag formuliert, deutlich hinausgeht. Das Ablehnen von undemokratischen Positionen ist nicht gleichbedeutend mit dem Eintreten für die Demokratie. Auf diese aktive Ebene geht der Antrag leider nicht ein.

III. Konkrete Maßnahmen

Demokratiebildung sollte eine Querschnittsaufgabe aller Bildungseinrichtungen sein und nicht auf schulischen Politik-Unterricht beschränkt werden. Dafür müssen alle beschäftigten qualifiziert werden und im Alltag dazu befähigt werden, sich die Zeit und die Ressourcen zu nehmen abseits strikter Curricula, politische Bildung in den Fokus zu rücken. Von Seiten der Landesregierung kann erwartet werden, dass Materialien für politische Bildung entsprechend der Lebensalter zur Verfügung gestellt werden (etwa für die Schulen durch die QUA-LIS). Gleichzeitig müssen aber auch die personellen und zeitlichen Ressourcen durch die Politik an die Bildungseinrichtungen gegeben werden – in Zeiten des Fach- und Lehrkräftemangels braucht es die politisch gesteuerte Stärkung der politischen Bildung. Im Bereich der Lehramtsausbildung wäre eine stärkere Kopplung mit außerschulischen Partnern und außerschulischen Orten sinnvoll. Häufig werden notwendige Genehmigungen nicht erteilt, Reisekosten nicht erstattet. Selbst den Zentren für schulpraktische Lehrerbildung naheliegende Orte beispielsweise des jüdischen Lebens und der jüdischen Geschichte in Deutschland dürfen nicht aufgesucht werden. Der Besuch von Gedenkstätten, Museen und anderen historischen Orten wird den

⁵ Klapper, L./Lusardi, A./van Oudheusden, P. (2015): Financial Literacy Around the World: Insights From the Standard & Poor's Ratings Services Global Financial Literacy Survey. URL: http://gflec.org/wp-content/uploads/2015/11/3313-Finlit_Report_FINAL-5.11.16.pdf?x87657 (zuletzt am 08.04.2024).

Referendarinnen und Referendaren vollkommen verwehrt, die bisher etablierte europäische Zusammenarbeit bei Ausbildungsorten der Friedenserziehung musste unterbrochen werden. Grundsätzlich sollten vorhandene Projekte an Schulen und Hochschulen ausgebaut und finanziell abgesichert sein – wie übrigens auch die Landeszentrale für politische Bildung, die stärker einbezogen werden sollte. Gute Bildung für alle, unabhängig ihrer sozioökonomischen Herkunft, ist eine Grundvoraussetzung für aufgeklärte, kritikfähige Bürger*innen, die Populisten nicht auf den Leim gehen und die Grundwerte der Demokratie verteidigen. Die letzten gesamtgesellschaftlichen Ereignisse zeigen die Bedeutung politischer Bildung: der Angriff auf Israel sowie der Krieg gegen die Ukraine sind nicht weit weg, sondern Themen etwa auf den Schulhöfen. Den Kolleg*innen in allen Bildungseinrichtungen muss mit bereitgestellten Materialien und verstetigten Fortbildungsmaßnahmen Sicherheit gegeben werden. Das Schulministerium hat im Falle des Angriffs auf Israel gut reagiert, indem schnell Materialien bereitgestellt wurden. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn sowas nicht aus der Not kurzfristig erstellt werden muss, sondern im Rahmen einer langfristigen Strategie allen Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt wird. Gerade heute, wo die gesellschaftlichen Fragestellungen immer komplexer werden und leicht überfordern können, gilt es, im geschützten Raum in Kitas, der Jugendhilfe, Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung, ohne Angst und Manipulation, die politische Handlungskompetenz heranwachsender Generationen zu stärken.